

ANNETTE SCHAVAN
KLAUS ZIERER

PÄDAGOGISCH
DENKEN,
POLITISCH
HANDELN

Ein Gespräch über Bildungspolitik

HERDER

Annette Schavan & Klaus Zierer

PÄDAGOGISCH DENKEN – POLITISCH HANDELN

Ein Gespräch über Bildungspolitik



FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Christian Langohr, Freiburg
E-Book-Konvertierung: Daniel Förster, Belgern

ISBN (E-Book): 978-3-451-81313-9
ISBN (Buch): 978-3-451-38274-1

Inhalt

Geleitwort von Hans Maier

70 Jahre Kultusministerkonferenz in Deutschland

Vorwort von Klaus Zierer

Pädagogisch denken – politisch handeln

1 Bildungspolitik als Visitenkarte einer Gesellschaft

2 Bildung als umkämpftes Terrain

3 Das deutsche Bildungssystem: aktuell oder aus der Zeit gefallen?

4 Angriff auf die offene Gesellschaft: Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Elitenförderung?

5 Inklusion, Migration, Digitalisierung, Nachhaltigkeit: Zukunftsfelder für Bildung und Erziehung

6 Vom Lehrplan zum Bildungsplan: Welches Wissen braucht die Jugend heute für morgen?

7 Glaube und Bildung: zwei Seiten einer Medaille oder unvereinbare Gegensätze?

8 Beruf Kultusminister: Bildungspolitik als politisches Abstellgleis?

Nachwort von Annette Schavan

Europa gehört dazu

Die Autorin und der Autor

GELEITWORT

70 Jahre Kultusministerkonferenz in Deutschland

Das 20. Jahrhundert war in seiner zweiten Hälfte eine Zeit der Bildungsreformen. Erstmals erfasste eine pädagogische Bewegung den ganzen Erdball. Während zahlreiche Entwicklungsländer den Schritt zu Schriftkultur und Alphabetisierung taten, weitete sich in den entwickelten Ländern das Schul- und Hochschulwesen aus wie nie zuvor.

»Mehr und bessere Bildung für alle« – das war eine Parole jener Jahre in Deutschland. »Bildung« nahm politische Elemente in sich auf. Bonn (und Berlin) unterschieden sich in dieser Hinsicht von »Weimar«. Das Interesse vieler Menschen an den Staatsdingen, die qualifizierte politische Bildung wuchs und festigte sich. Schulen und Hochschulen bildeten nicht mehr – wie noch zum Teil in der Weimarer Republik – eine Gegenwelt zum »Staat«, ein mögliches Rückzugsgebiet vor der Politik. Politische Partizipation schloss jetzt auch das Bildungswesen ein. Die Zweite Republik, die Republik des Grundgesetzes, war in dieser Hinsicht längst nicht mehr – wie man es, wenn auch übertreibend, von Weimar gesagt hat – eine »Demokratie ohne Demokraten«. Ganz im Gegenteil: Sie trug entscheidend zur politischen Fundierung des Gemeinwesens bei.

Dieser Wandel musste organisiert und gestaltet werden – er fand seine Form in hohem Maße durch die Bildungspolitik. Am 19./20. Februar 1948 – also noch vor

der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – trafen sich in Stuttgart-Hohenheim die deutschen Erziehungsminister aus allen vier Besatzungszonen. Der einladende württembergisch-badische *Kultminister* (so nannten sich die schwäbischen Erziehungsminister damals!) Theodor Bäuerle sagte bei der Eröffnung: »Ich glaube, wir leisten den besten Beitrag zur deutschen Einheit, wenn wir als Erziehungsminister der deutschen Länder mit Ernst und Verantwortungsbewusstsein prüfen, wieweit wir gemeinsame Grundlagen für den Neuaufbau unseres Schul- und Bildungswesens schaffen oder wenigstens unsere Maßnahmen aufeinander abstimmen können.«¹

Ganz handfest beschäftigte sich die Konferenz mit Fragen der Lernmittel- und Schulgeldfreiheit, der Dauer der Grundschule, der Klassenschülerzahl, der Dauer der Schulpflicht, des Schulbeginns, der wechselseitigen Anerkennung von Prüfungen und der Begabtenförderung.

Das war die Geburtsstunde der Kultusministerkonferenz (KMK) – die sich dann freilich, von 1949 bis 1990, auf den Westen Deutschlands, die Bundesrepublik, beschränken musste. Sie war die älteste Fachministerkonferenz der Bundesrepublik und zugleich eine der arbeitsintensivsten, die über den stärksten organisatorischen Unterbau verfügte. Seit 1949 hatte sie eine Geschäftsordnung.²

Mittlerweile hat sich das Instrumentarium der Konferenz ausgeweitet und verfeinert. Kaum zu zählen seit den späten 1940er-Jahren sind die Erklärungen, die Empfehlungen und Vereinbarungen zum Schul- und Hochschulbereich, zur Lehrerbildung, zur allgemeinen Kulturpolitik, zur Erwachsenenbildung, zur Fort- und Weiterbildung, zur Förderung der Musik und der bildenden und darstellenden Künste. Zu den nationalen Koordinierungsaufgaben sind inzwischen internationale und übernationale getreten. Da die Länder Partner des Bundes in der auswärtigen Kulturpolitik sind und die Personen und Objekte des

kulturellen Austauschs sich im Zuständigkeitsbereich der Länder befinden, ergibt sich eine umfangreiche Zusammenarbeit, die von bilateralen Beziehungen bis zu multilateralen (Europarat, UNESCO, OECD, OSZE) und supranationalen (der EU) reicht.

Die Kultusministerkonferenz ist wichtig. Ist sie auch allgemein bekannt, ist sie anerkannt, gar populär? Das werden wohl selbst ihre eifrigsten Anhänger nicht behaupten wollen. Seit jeher sind die Kultusminister Prügelknaben der Nation. Seit jeher stößt auch die Kultusministerkonferenz auf populistische Ängste und Abwehrreflexe. Ohne durchgreifende Kompetenzen und in steter Abhängigkeit von den Entscheidungen der Länderparlamente »gleicht die Arbeit der Kultusministerkonferenz manchmal dem Kampf des Herkules mit der Hydra, nur dass die Konferenz nicht über die Kräfte des Herkules verfügt« – so der *Tagesspiegel* am 4. März 1964 zur 100. Sitzung der KMK in Berlin. Aber gibt es in einem föderalen System eine andere, eine bessere und effektivere Koordinierungsmöglichkeit?

Deutschland ist (und war seit jeher) ein föderalistisches Gebilde – es ist »Allemagne fédérale«, wie unsere westlichen Nachbarn sagen. Der Föderalismus ist tief in der deutschen Geschichte verwurzelt.³ Er prägt auch unsere Nachkriegspolitik und -verwaltung. Die Länder entwickelten und kultivierten nach 1945 ihre Staatlichkeit mit eigenen Verfassungen, Parlamenten, Regierungen, Gerichten, Beamten. Der Bund ist eine Schöpfung der Länder – nicht umgekehrt. Kulturpolitik wurde zum vornehmsten öffentlichen Betätigungsfeld der Länder. Und »Kulturhoheit« – nämlich die Zuständigkeit für Schulen, Hochschulen, Künste – gilt zu Recht bis heute als »Krongut« der föderalistischen Ordnung.

Ein solches System funktioniert nicht von selbst. Es bedarf der klugen Handhabung, der ständigen Anpassung, des vernünftigen Ausgleichs. Der Föderalismus muss sich

als vermittelnde Kraft bewähren. Er muss *Einheit schaffen* und zugleich *Wettbewerb auslösen*: so viel Einheit wie nötig und so viel Wettbewerb wie möglich. Es gilt das rechte Maß zu finden. Ein Föderalismus, in dem die Länder nur Vehikel des Bundes wären, höbe sich selbst auf. Umgekehrt wären Länder mit extrem verschiedenen Ordnungen, die sich gegenseitig ausschließen, keine geeigneten Bausteine für einen Bundesstaat. Vom Kulturföderalismus erwartet man in Deutschland gerade, dass er das Kunststück vollbringe, sowohl die föderalen Eigenheiten zu bewahren wie auch die politische Homogenität des Gesamtstaats zu sichern.

Ginge das mit einer zentralistischen Ordnung besser? Ich meine, nein. Denn dann fiel der Wettbewerb weg, und Zeitirrtümer, an denen es im Bildungswesen nie fehlt, könnten sich verfestigen und perpetuieren. Um Lincolns berühmtes Diktum abzuwandeln: Der Föderalismus kann verhindern, dass alle sich zur gleichen Zeit irren. Er hält die Politik offen für Korrekturen, Verbesserungen – nötigenfalls für eine Generalrevision. Und damit ist er doch wohl vernünftiger und freiheitlicher als zentralistische Systeme – eingeschlossen die ungeliebte, aber kaum zu entbehrende Kultusministerkonferenz.

Ich freue mich, dass ich diese Einleitung für ein Gesprächsbuch schreiben kann, das Annette Schavan und Klaus Zierer der Bildungspolitik widmen. Frau Schavan gehört zu den besten Kennern nicht nur des deutschen Bildungswesens, sondern auch der föderalistischen Strukturen unseres Landes. Ich wünsche der Autorin und ihrem Gesprächspartner Erfolg, dem Buch viel Glück – und den Lesern Freude und Gewinn!

Hans Maier

München, im Mai 2018

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Maier war von 1970 bis 1986
Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus.

[1](#) Konferenz der deutschen Erziehungsminister, Protokoll der Tagung am 19. und 20. Februar 1948 in Stuttgart-Hohenheim, S. 5.

[2](#) Siehe das vom Sekretariat herausgegebene Handbuch für die Kultusministerkonferenz, Bonn 1995.

[3](#) Peter Lerche, Föderalismus als nationales Ordnungsprinzip, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 21 (1964); Reinhart Koselleck, Föderale Strukturen in der deutschen Geschichte. Vortrag bei der Entgegennahme des Reuchlinpreises der Stadt Pforzheim, 1974; Hans Maier, Der Föderalismus – Ursprünge und Wandlungen, in: Archiv des öffentlichen Rechts Bd. 115 (1990).

VORWORT

Pädagogisch denken – politisch handeln

Es besteht kein Zweifel: Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Keine Bundestags- oder auch Landtagswahl kommt ohne weitreichende und leidenschaftlich geführte Diskussionen über Bildungsfragen aus. Dabei könnte der Eindruck entstehen, es sei häufig nur zweitrangig, worüber diskutiert wird: Ob Dreigliedrigkeit, Ganztag oder Elternwille, ob Migration, Digitalisierung oder Inklusion, die Hauptsache sei vielmehr, dass immerzu heftig gestritten werde.

Aus erziehungswissenschaftlicher Sicht ist es erfreulich, dass dem Thema »Bildung« eine so große Bedeutung beigemessen wird – obschon sich so manche Diskussion mehr ideologisch als rational zeigt. Auffallend an den zahlreichen Debatten ist zudem, dass vielfach die systemischen Unterschiede von Bildung einerseits und Politik andererseits zu wenig berücksichtigt werden. Dies zeigt sich in einer pädagogischen Empörung über politische Entscheidungen gleichermaßen wie in einer politischen Verwunderung über pädagogische Alltagspraktiken.

Wenn beispielsweise Eltern die Schließung kleiner Schulstandorte kritisieren, dann mag das pädagogisch nachvollziehbar sein. Es ändert aber so manchmal auch nichts daran, dass die Schließung politisch notwendig war. Oder wenn etwa Politikerinnen und Politiker sich gerne

wünschen, dass mehr Digitalisierung in Schulen stattfindet, sie aber feststellen müssen, dass nicht alles, was technisch möglich, pädagogisch sinnvoll ist und deswegen eher auf Ablehnung als auf Zustimmung stößt.

Angeichts dieses Spannungsverhältnisses ist es reizvoll, ja sogar immer wieder notwendig, die Grenzen des eigenen Faches hinter sich zu lassen und in den Dialog mit einem benachbarten Fach zu treten. In der Erziehungswissenschaft ist das seit jeher eine Herausforderung, entstammt sie selbst doch der Philosophie als der Mutter aller Wissenschaften.

So klar sich dieses Verhältnis aus historischer Sicht zeigt, so verschwommen ist es in der Gegenwart. Denn schon längst ist die Philosophie für viele Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler nicht mehr die wichtigste Bezugsdisziplin. An ihre Stelle sind andere Fächer getreten – beispielsweise die Psychologie, die vor allem durch ihre empirischen Methoden die Erziehungswissenschaft nachhaltig verändert hat, aber auch die Soziologie, die durch ihren Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Fragen zunehmend das Feld pädagogischen Denkens und Handelns mitbestimmt.

Ein Bereich zeigt sich im Vergleich dazu als ständiger Begleiter der Erziehungswissenschaft: die Bildungspolitik. Denn Bildung ist nicht nur ein theoretisches Konstrukt, sondern immer auch gelebte Wirklichkeit. Allein in Deutschland werden an allgemeinbildenden Schulen über 8 Millionen Kinder und Jugendliche von über 600 000 Lehrpersonen wöchentlich in über 14 Millionen Schulstunden unterrichtet. Die Verantwortung, die tagtäglich getragen wird, ist groß und es lohnt sich immer, damit verbundene Fragen nicht nur aus politischer Sicht zu beleuchten, sondern auch aus pädagogischer Sicht.

Stellvertretend für viele Bemühungen kann in diesem Zusammenhang die Ständige Konferenz der Kultusminister